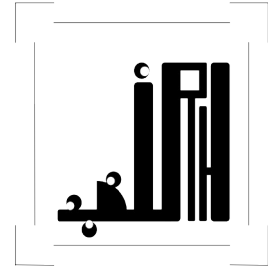


BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de – info@irh-info.de



Demonstration und Schweigemarsch

Samstag, den 9. November 2024, in Darmstadt

„Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten und Geltung des Völkerrechts für alle Staaten“

„Vergangene Völkermorde nicht vergessen! - Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!“

Rede von Ramazan Kuruyüz, des Vorsitzenden der IRH

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade Allahs/Gottes mögen auf euch sein!

Vor meiner heutigen Hauptrede will ich zunächst meine öffentliche, grundsätzliche Position zum Brief des Oberbürgermeisters Hanno Benz an mich und zur Berichterstattung von Darmstädter Echo über die Reaktionen auf unsere heutige Demonstration kurz und bündig darstellen.

Es ist leider immer noch Realität, dass viele Parteien und Politiker in Deutschland, wie auch in Darmstadt, in einem beherrschenden und herablassenden Ton mit Menschen mit Migrationshintergrund sprechen, als sie die alleinigen „Besitzer“ dieses Landes wären. Dieser Umgang ist nicht nur unwürdig, sondern spaltet auch unsere Gesellschaft und vermittelt ein falsches Bild der Realität.

Wir alle – unabhängig von Herkunft, Religion oder ethnischen Hintergrund – sind Teil dieses Landes. Wir leben hier, arbeiten hier, zahlen Steuern, gründen Familien und tragen zur Gemeinschaft bei. Unsere Geschichte ist längst Teil der deutschen Geschichte geworden. Es ist höchste Zeit, dass dies von allen anerkannt wird, auch von Ihnen, Herr Oberbürgermeister!

Der Gedanke, dass nur bestimmte Menschen „echte“ Mitglieder dieser Gesellschaft sind, muss endlich sterben und „nie wieder“ aufwachen. Statt Spaltung und Ausgrenzung brauchen wir ein klares Bekenntnis zu einem respektvollen Miteinander, in dem alle als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger akzeptiert werden. Respekt und Gleichwertigkeit sind die Grundlage für ein friedliches und erfolgreiches Zusammenleben. Nur so können wir eine gemeinsame, solidarische Zukunft aufbauen.

In diesem Sinne lade ich jetzt öffentlich Herrn Oberbürgermeister Hanno Benz und Herrn Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Darmstadt und zugleich den Landesvorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann zu einem öffentlichen Podiumsgespräch hier in Darmstadt ein.

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

„Und neigt nicht zu denjenigen zu, die Unrecht begehen, sonst wird euch das Höllenfeuer treffen. Und für euch gibt es keine Beschützer außer Allah, dann wird euch nicht beigestanden.“
(Sura 11, Vers 113)

„Ich schwöre bei Allah: Entweder gebietet ihr das Gute, verbietet das Schlechte, haltet die Hand des Unterdrückers zurück und verhindert die Unterdrückung, führt ihn zum Recht und haltet das Recht über ihm; oder Allah der Erhabene macht eure Herzen denen der Unterdrücker gleich.“
(Gesandter Muhammed, Friede sei mit ihm)

„Du sollst kein falsches Gerücht verbreiten; du sollst nicht einem Schuldigen Beistand leisten, indem du als Zeuge Gewalt deckst. Du sollst der Menge nicht auf dem Weg zum Bösen folgen und nicht so antworten vor Gericht, dass du der Menge nachgibst und vom Rechten abweichst.“
(Bibel/Altes Testament: 2. Mose 23; 1-2)

Liebe Friedliebenden!

Wir leben in einer Zeit und in einer Welt, in der Tyrannei und Ungerechtigkeit oft den Ton angeben. Macht, Lügen und Manipulation durchdringen unsere Stadt Darmstadt, unser Land Deutschland und die ganze Welt. Wir leben in einer Zeit, in der viele bereit sind, die Wahrheit zu verdrehen, falsche Gerüchte zu verbreiten oder dem Strom der Masse zu folgen, um bloß keinen Ärger zu riskieren und Konflikte zu vermeiden. In einer Zeit, in der Menschen ihre Stimme verlieren und sich Tyrannei breit macht, sind wir von unserem gemeinsamen Gott, Gott von abrahamischen Religionen; von Judentum, Christentum und Islam berufen, unsere Stimme für die Wahrheit und Gerechtigkeit zu erheben. Der Koran und die Bibel geben uns klare Anweisungen dafür, wie wir in solchen schwierigen Zeiten handeln sollen. Sie erinnern uns daran, dass wir niemals auf die Seite der Ungerechten und der Unterdrücker treten dürfen, egal, wie mächtig und einflussreich sie sein mögen. Die Verse aus dem Qur'an und der Bibel sowie die Worte des Gesandten Muhammed (Friede sei mit ihm), die ich gerade vorgetragenen habe, sind keine bloßen Worte aus längst vergangenen Zeiten. Sie sind ein lebendiger Aufruf an uns alle – heute, hier, in diesem Moment.

Dieser Aufruf richtet sich nicht nur an Juden, Christen und Muslime sowie Gläubige, auch an alle friedliebenden Menschen, unabhängig von Religion, Weltanschauung und Herkunft. Denn es geht hier nur um Menschlichkeit, Menschenwürde und den Schutz des unschuldigen Lebens.

Verehrte Darmstädterinnen und Darmstädter!

Als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen haben wir gemeinsam mit der Palästinensischen Gemeinde Hessen seit dem Oktober 2023 bis Sommerpause bzw. Juli 2024 in fast allen hessischen Städten, vom Norden bis Süden, vom Osten bis Westen, über zwanzig Kundgebungen, Demonstrationen und Mahnwachen veranstaltet. Im Rahmen unserer vierten Demonstrationsreihe veranstalten wir seit dem 12. Oktober bis Weihnachtsferien jeden Samstag in einer hessischen Stadt eine Demonstration unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten und Geltung des Völkerrechts für alle Staaten“. In diesem Rahmen sind wir heute hier in Darmstadt. In unserer Planung war aber zunächst Fulda dran. Auf Wunsch unseres Mitveranstalters, der Fuldaer Palästina - Studentengruppe haben wir unsere Demonstration in Fulda vom 9. November auf den 23. November verlegt. Obwohl wir als Hauptveranstalter an diesem Termin in Fulda festhalten wollten, haben wir den einstimmigen Wunsch dieser Gruppe respektiert. Für uns als Hauptveranstalter ist unsere heutige Demonstration in Form eines Schweigemarsches an diesem Gedenktag keine Provokation, im Gegenteil ist sie ein klares Zeichen für unseren entschiedenen Einsatz ohne Komplexe und Ängste gegen Völkermorde in Geschichte und Gegenwart. Deshalb haben wir schon in unserer diesbezüglichen Pressemitteilung am 7. November unsere klare Position angekündigt: Der Schweigemarsch soll als respektvolles Gedenken an die Vergangenheit und als klarer Appell für die Gegenwart und Zukunft verstanden werden. Unser Motto für den 9. November lautet daher:

„Vergangene Völkermorde nicht vergessen! - Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!“

In diesem Sinne gedenken wir heute und hier sowohl der Opfer des Völkermords vor 86 Jahren in Deutschland und Europa und als auch der Opfer des Völkermords in Gegenwart in Gaza.

Liebe Friedliebenden!

Vor genau 86 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte wurden geplündert und zerstört. Hunderte Frauen und Männer wurden von Nationalsozialisten getötet, begingen Selbstmord oder starben, nachdem sie in Konzentrationslagern misshandelt worden waren. Diese Pogrome waren ein Vorbote/ein Vorläufer der systematischen Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Sie stehen für den Bruch der Zivilisation, für den Absturz Deutschlands in die Barbarei.

Heute gedenken wir der Millionen von Menschen, die ihr Leben verloren haben: Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen, politische Gegnerinnen und Gegner und viele weitere, die unter dem unmenschlichen Regime der Nationalsozialisten litten und starben. Wir denken an ihre Namen, ihre Gesichter, ihre Geschichten. Sie waren Mütter, Väter, Kinder, Freunde. Ihr Leben wurde gewaltsam beendet, ihre Träume zerstört, ihre Stimmen für immer verstummt.

Doch während wir heute der Opfer des Holocaust gedenken, dürfen wir eine Tatsache nicht verschweigen: Der Holocaust wurde nicht nur von einer kleinen Gruppe fanatischer und barbarischer Täter begonnen. Er geschah vor den Augen einer breiten Masse, inmitten einer Gesellschaft, die wegsah, schwieg und duldete. Millionen Deutsche hörten die zerbrechenden Scheiben der Synagogen, sahen die brennenden Häuser, spürten die Verfolgung ihrer jüdischen Nachbarn. Und dennoch schwiegen sie, sahen weg oder passten sich dem wachsenden Terror an. Viele entschieden sich aus Angst, Gleichgültigkeit oder stillem Einverständnis dazu, nichts zu tun, während das Unrecht ungehindert seinen Lauf nahm.

Während wir an die Opfer des Holocaust denken, dürfen wir nicht nur auf die Vergangenheit schauen. Die Verantwortung, die wir aus diesen Erinnerungen ziehen, endet nicht mit dem bloßen Gedenken. Sie erstreckt sich auf die Gegenwart und die Zukunft – auf das, was wir heute und morgen tun, um die Würde des Menschen zu schützen und neues Unrecht zu verhindern.

In diesem Moment, während wir hier stehen und uns an die Gräueltaten des Holocaust erinnern, werden von Israel unschuldige und wehrlose Babys, Kinder, Frauen und Zivilisten in Gaza, Palästina und Libanon brutal getötet, Minute für Minute. Gaza ist heute ein Ort des unvorstellbaren Leids, und die Bevölkerung dort lebt in ständiger Angst vor Bombardierungen, Vertreibungen und Kriegsverbrechen. Die humanitäre Katastrophe, die sich dort abspielt, betrifft vor allem unschuldige Zivilisten – Kinder, Frauen und Männer.

Die Lehre, die sich aus unserer deutschen Verantwortung und Schuld aufgrund des Holocausts ergibt, kann nicht darin bestehen, die israelische Politik stets und unter allen Umständen zu unterstützen. Vielmehr muss sie darin bestehen, immer und unter allen Umständen die universellen Menschenrechte und das Völkerrecht zu verteidigen – auch dann, wenn Israel der Täter ist.

Sonst hätten wir aus dem 9. November nichts gelernt und offenbaren, dass es sich lediglich um formale Erinnerungsakte und hohles Gedenken handelt. Eine solche Erinnerungskultur bleibt ohne Substanz, da sie die eigentlichen Lehren ignoriert und eine tiefgehende inhaltliche Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Konsequenzen des Holocausts vermissen lässt.

Ob wir aus den Lehren der Reichspogromnacht und des Holocausts tatsächlich etwas gelernt haben, zeigt sich daran, ob wir uns auch konsequent gegen aktuelle und laufende Völkermorde stellen. Dies ist keine Relativierung des Holocausts, sondern vielmehr ein Ausdruck seines tiefen Verständnisses

Wir lehnen einen selektiven Umgang mit dem Völkerrecht entschieden ab! Es darf nicht nur dann herangezogen werden, wenn Rechtsverstöße des globalen Südens im Fokus stehen. Es muss ebenso gelten, wenn es um Verstöße des Westens oder seines Vorpostens im Nahen Osten, Israel, geht. Das Völkerrecht ist universell und darf nicht nach Belieben ausgelegt werden!

Die Lehre aus dem Holocaust darf nicht sein, dass jegliche Kritik am Staat Israel tabuisiert wird oder dass dieser Staat als unantastbar gilt. Vielmehr muss die Lehre sein, dass es *nie wieder* zu Verfolgung, Unterdrückung und staatlich legitimer Gewalt gegen irgendein Volk oder irgendeine Gruppe kommen darf – kurz: die Lehre muss sein, dass es „nie wieder“ zu einem Völkermord kommen darf, egal, wo auf der Welt. Es ist unsere moralische Pflicht, nicht nur über das Vergangene zu sprechen, sondern auch im Hier und Jetzt gegen jedes Unrecht und für Gerechtigkeit aufzustehen.

Die schrecklichen Lektionen aus dem Holocaust sind eine eindringliche Mahnung an uns alle, wie wir im Falle von Völkermorden in Gegenwart und Zukunft handeln müssen:

Nie wieder schweigen! Nie wieder wegschauen! Nie wieder ignorieren! Nie wieder tolerieren und dulden! Nie wieder ein Teil der Beihilfe zu einem Völkermord sein!

Unsere heutige Demonstration mit dem Schweigemarsch ist ein Ausdruck unseres Gedenkens an die Opfer des Holocaust, zugleich ist er auch ein Symbol unseres Versprechens an die Gegenwart und Zukunft:

Wir werden solange nicht schweigen, bis der Genozid Israels in Gaza und Palästina ein Ende hat!

Wir werden solange nicht schweigen, bis die Kinder in Gaza nachts ohne Angst und Furcht einschlafen und morgens in Sicherheit und Frieden aufwachen können!

Wir werden solange nicht schweigen, bis es Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten gibt!

Wir werden unsere Kundgebungen und Demonstrationen hessenweit solange fortsetzen, bis es eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten gibt!

Wir werden unsere Stimme solange erheben, bis es endlich Mal einen von allen Staaten und der UNO anerkannten palästinensischen Staat in Palästina gibt!

Wenn wir zum Verbrechen, Massaker und Genozid Israels in Gaza schweigen, setzen wir unsere Menschlichkeit aufs Spiel!

Es sind die unschuldigen und wehrlosen Opfer des Krieges, die unser Mitgefühl verdienen, aber noch mehr verdienen sie unsere Entschlossenheit. Es sind die Menschen, die unter Bomben leben, die von ihrem Land, von ihren Familien und ihrem Zuhause vertrieben wurden. Es sind die Kinder, deren Zukunft zerstört wird, noch bevor sie eine Chance auf ein friedliches Leben haben. **Wir stehen an ihrer Seite, an der Seite der wahren Opfer dieses Völkermords. Auf keinen Fall stehen wir an der Seite des Kindermörders und des Völkermörders! Wer an der Seite des Kindermörders und Völkermörders steht, handelt verfassungswidrig und macht sich nach unserem Strafgesetzbuch strafbar.**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

wir stehen heute hier, weil wir an Gerechtigkeit glauben. Doch was wir im Nahen Osten sehen, ist das Gegenteil: die Herrschaft des Stärkeren über das Recht. „Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht!“. Wenn mächtige Staaten – wie Banditen – Recht und internationale Gesetze ignorieren und mit Gewalt ihre Interessen durchsetzen, leiden vor allem die Schwächsten: wehrlose Kinder, Frauen und Zivilisten. Wir fordern heute ein Ende dieses Unrechts.

Durch die Unterstützung der USA und vieler westlicher Staaten, einschließlich Deutschland, wird Israel wie ein „verwöhntes Kind“ behandelt. Israel tritt das humanitäre Völkerrecht mit Füßen und seine Verbrechen bleiben ohne Konsequenzen. Doch das Völkerrecht gilt auch für Israel! Kein Staat steht über dem Recht und Gesetz.

Internationaler Gerichtshof der Vereinten Nationen verurteilte in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel als völkerrechtswidrig und illegal. Der Internationale Gerichtshof hat klar festgestellt: Israels Besetzung, die Enteignungen und die systematische Diskriminierung der Palästinenser verletzen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts. Was Israel seit 76 Jahren in Gaza und Palästina macht, ist nach dem Gutachten des Gerichts ein System der Apartheid. Das Gericht rief Israel dazu auf, die Besetzung der Gebiete so schnell wie möglich aufzuheben, sämtliche Aktivitäten zur Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems unverzüglich einzustellen und die jüdischen Siedler zu evakuieren. Israel müsse zudem Reparationen an alle Palästinenser bezahlen, die durch die anhaltende Besetzung Schäden erlitten hätten.

Dieses Urteil ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Botschaft an die Welt. Kein Staat darf diese Besatzung weiter unterstützen oder rechtfertigen. Die Zeit des Schweigens und der Doppelmoral muss vorbei sein. Es ist an der internationalen Gemeinschaft, Verantwortung zu übernehmen und die israelische Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre bisherige verfassungswidrige Politik und Unterstützung für den Kindermörder und Völkermörder Israel sofort zu beenden und sich gemeinsam mit der Europäischen Union für Sanktionen und politischen Druck auf Israel einzusetzen.

Denn ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden geben. Der Weg zur Versöhnung zwischen dem palästinensischen und israelischen Volk führt nur über die Gerechtigkeit.

Vor dem Hintergrund der gerade vorgetragenen Feststellung des Internationalen Gerichtshofs will ich hier eine Tatsache ansprechen: Israel und seine Lobbyisten verdrehen die Realität des Nahostkonflikts. Seit dem 7. Oktober versuchen die israelische Regierung und ihre Lobbyisten in Deutschland und weltweit, die Hamas und die Hisbollah als alleinige Verursacher der humanitären Katastrophe in Gaza und Palästina darzustellen. Vorher waren die Schuldigen die PLO oder die Fatah, nun die Hamas und die Hisbollah. Es geht hier eindeutig nicht um die Hamas oder die Hisbollah, sondern um den erbarmungslosen Umgang des israelischen Staates mit dem ganzen palästinensischen Volk. Die Wurzeln dieses Leids und der humanitären Katastrophe in Gaza und Palästina reichen weit zurück. Die 76 Jahre lange Unterdrückung der Palästinenser, der systematische Landraub und die Verweigerung grundlegender Menschenrechte sind die wahren Ursachen für diese humanitäre Katastrophe. Die Wahrheit ist: Diese humanitäre Katastrophe begann nicht am 7. Oktober. Israel ist nicht das Opfer, sondern der Täter! Diese Manipulation der Täter-Opfer-Rolle darf nicht länger ignoriert werden. Wir dürfen nicht schweigen, wenn die Wahrheit ständig vertuscht und manipuliert wird. Wie die weltbekannte Fabel „Der Wolf und das Lamm“ uns lehrt, findet der Stärkere immer eine Begründung, wenn er Unrecht begeht – genauso wie Israel es seit 76 Jahren tut.

An dieser Stelle will ich unsere Grundsatzposition zur Würde des Menschen und zum Schutz des menschlichen Lebens und zur Menschenwürde erneut klarstellen. Für die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen gilt das universelle Gebot im Qur'an: „Das Leben eines einzigen friedfertigen, wehrlosen und unschuldigen Menschen, unabhängig von seiner Herkunft oder seiner Religion, ob Palästinenser oder Israeli, ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“ Dementsprechend haben wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, anders als alle politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und der Zentralrat der Juden in Deutschland, ohne Wenn und Aber, die Gewalt und die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und Israel aufs Schärfste verurteilt, und nicht nur seit dem 7. Oktober letzten Jahres. Wir haben sowohl

die israelische Regierung als auch die Hamas immer wieder aufgerufen, die Gewalt unverzüglich zu beenden, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und endlich mal einen aufrichtigen Friedensprozess mit einer gerechten Zweistaatenlösung im Interesse von beiden Völkern zu beginnen.

Zugleich kritisierten und kritisieren wir weiterhin die Doppelmoral des offiziellen Deutschlands sowie des Zentralrats der Juden im Umgang mit den getöteten Menschen in Gaza und Israel. In Deutschland ist die Uhr am 7. Oktober stehengeblieben. Das offizielle Deutschland hat durch die Lobbyisten Israels eine Vollnarkose bekommen und wurde in den Tiefschlaf sediert.

Die Repräsentanten des offiziellen Deutschlands, nämlich die Repräsentanten des Staates, der Bundes- und Landesregierungen, der Politik auf Bund, Land und Kommunen sowie der Gesellschaft, Kirchen und der jüdischen Gemeinden trauern immer noch alleine um die Toten vom 7. Oktober in Israel. Jedoch werden seit dem 7. Oktober durch Israel fast 50.000 unschuldige und wehrlose Menschen, Zivilisten in Gaza, Palästina und nun auch in Libanon grausam getötet, darunter alleine 20.000 Kinder!!! Diese 50.000 Opfer werden von dem offiziellen Deutschland nur am Rande erwähnt, um das eigene Gewissen zu beruhigen und die Angehörigen der Toten zu täuschen. Das ist doch ein Theater! Dieses Theater spielen wir nicht mit! Seit dem 7. Oktober sterben nicht nur Menschen in Gaza, in Palästina und in Libanon, zugleich stirbt die Menschlichkeit in Deutschland.

Anscheinend ist die Menschlichkeit der Repräsentanten des offiziellen Deutschlands wie ihre Uhr am 7. Oktober stehengeblieben!

Ihr, Repräsentanten des offiziellen Deutschlands!

Hört endlich Mal auf mit eurem Theater! Die Uhr geht weiter. Stellt eure Uhren! Schaut auf den Kalender! Macht eure Augen auf! Seid mutig! Kommt raus aus der Gefangenschaft von zionistischen Israel – Lobbyisten! Habt Mitgefühl auch für Kinder und Zivilisten in Gaza, Palästina und Libanon! Habt endlich Mal ein Herz für alle Opfer dieses Krieges!

Heute möchte ich auch eine irreführende Taktik der Israel-Lobbyisten in Deutschland anprangern. Nicht nur seit dem 7. Oktober 2023, doch seit Jahrzehnten wird immer wieder eine Antisemitismus-Debatte gestartet, um Israels Kriegsverbrechen und Völkermord in Gaza und Palästina zu verschleiern. Antisemitismus ist ein ernstes Problem, das wir alle gemeinsam bekämpfen müssen. Doch es ist inakzeptabel, diesen Kampf zu missbrauchen, um berechtigte Kritik an Israels Besatzung, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu unterdrücken. Es ist entscheidend, zwischen Kritik an der israelischen Regierung und dem echtem Antisemitismus zu unterscheiden. Kritik an einer Regierung, die Menschenrechte verletzt, ist kein Antisemitismus, sondern eine moralische Pflicht.

Diese Instrumentalisierung schadet sowohl den Palästinensern als auch der jüdischen Gemeinschaft, die sich gegen echten Antisemitismus zur Wehr setzen muss. Wir dürfen nicht zulassen, dass das ernste Thema des Antisemitismus ausgenutzt wird, um von den Verbrechen Israels abzulenken.

Unsere Position ist klar: Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, genauso wie antimuslimischer Rassismus und Rassismus in allen Erscheinungsformen!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Wir stehen heute gemeinsam hier, vereint in unserer Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit – für Palästina, für Israel und für den gesamten Nahen Osten. Die Lösung für diesen Konflikt liegt nicht in weiterer Gewalt oder Vergeltung. Sie liegt in der Anerkennung der Würde und der Rechte beider Völker – Palästinenser und Israelis. Eine gerechte Zweistaatenlösung ist der Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Region.

Zum Schluss will ich hier ausdrücklich unser wichtigstes Ziel ankündigen:

Gemeinsam mit euch und Friedensaktivisten Hessen und Deutschland weit werden wir unser gemeinsames Land Deutschland aus der Gefangenschaft der zionistischen Israel-Lobbyisten befreien! Gemeinsam werden wir weiterhin von unserer Stadt Darmstadt und unserem Land Deutschland aus unseren Beitrag zur Beendigung des Genozids in Gaza und zum Frieden und zur Gerechtigkeit im Nahen Osten leisten!